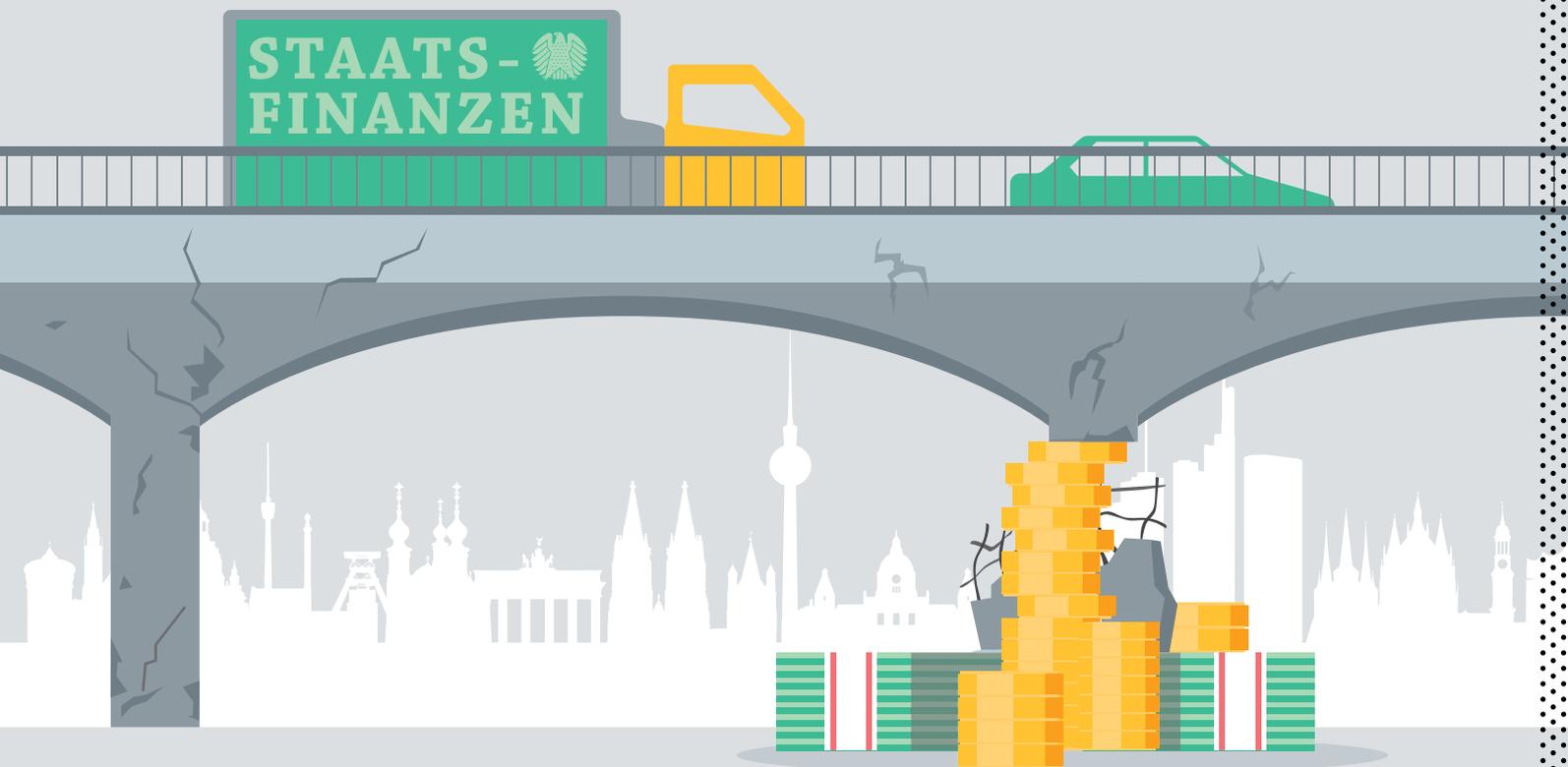


# Tragbar und tragfähig



**Finanzpolitik.** Die deutsche Schuldenbremse und der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt setzen der Finanzpolitik hierzulande enge Grenzen. Eine Reform beider Regelwerke ist zwingend, denn der Investitionsbedarf in Deutschland ist immens: Um vor allem die Infrastruktur wieder tragfähig zu machen und eine klimaneutrale Wirtschaft zu ermöglichen, sind innerhalb von zehn Jahren etwa 600 Milliarden Euro erforderlich. Ginge die Politik hier mutig voran, würde das Wachstumspotenzial der Wirtschaft nachhaltig gestärkt – und das, ohne die Staatsfinanzen aus dem Ruder laufen zu lassen, wie IW-Direktor Michael Hüther in seinem iwd-Kommentar betont. —> [Seiten 2-5](#)

## Städteranking

Im Vergleich der größten kreisfreien deutschen Städte liegt München unverändert vorn. Zwei Aufsteiger schaffen es aber neu in die Top Ten der Rangliste.

—> [Seiten 6-7](#)

## USA

Sollte Donald Trump einen Zollkrieg anzetteln, würde das diesseits und jenseits des Atlantiks das Wirtschaftswachstum drosseln und Arbeitsplätze kosten.

—> [Seiten 12-13](#)

# Mehr Investitionen wagen

**Finanzpolitik.** Sowohl der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch die deutsche Schuldenbremse halten die Politik hierzulande zur Sparsamkeit an. Zugleich ist viel Geld vonnöten, um beispielsweise die Wirtschaft klimaneutral umzubauen. Eine IW-Simulation zeigt, dass höhere öffentliche Investitionen möglich wären, ohne die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen zu gefährden.

Mit Geld vernünftig umzugehen, ist für jede Regierung eine Herausforderung – zu verlockend sind kurzfristige, schuldenfinanzierte Wohltaten zugunsten jener, die bei der nächsten Wahl für die nötigen Stimmen sorgen könnten. Dabei soll die Politik eigentlich auch die Bedürfnisse künftiger Generationen im Blick haben – die Staatsfinanzen müssen daher langfristig tragfähig sein.

Um dies zu gewährleisten, hat sich Deutschland gleich doppelt in die Pflicht genommen:

**Stabilitäts- und Wachstumspakt.** Als EU-Mitglied ist die Bundesrepublik an den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gebunden. Dieser ist vor Kurzem reformiert worden und sieht vor, dass die nationalen Regierungen demnächst mit der EU-Kommission über konkrete Ausgabenpfade für die kommenden Jahre verhandeln.

Unter anderem sollen diese Pläne für jene Länder, deren Schuldenlast zwischen 60 und 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt, sicherstellen, dass diese Schuldenquote jährlich um 0,5 Prozentpunkte zurückgeht. Bei einer Quote von mehr als 90 Prozent des BIP schreibt der Pakt sogar eine Senkung um mindestens 1 Prozentpunkt vor.

Zuletzt lag die Staatsverschuldung in rund der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten über dem laut Maastricht-Vertrag zulässigen Niveau von 60 Prozent des BIP (Grafik):

**Die höchste Staatsschuldenquote innerhalb der EU wies 2023 Griechenland mit fast 162 Prozent auf, Deutschland überschritt mit knapp 64 Prozent die 60-Prozent-Marke nur knapp.**

Um die Schuldenquote zu senken, müssen die betroffenen Staaten wie Deutschland vor allem die sogenann-

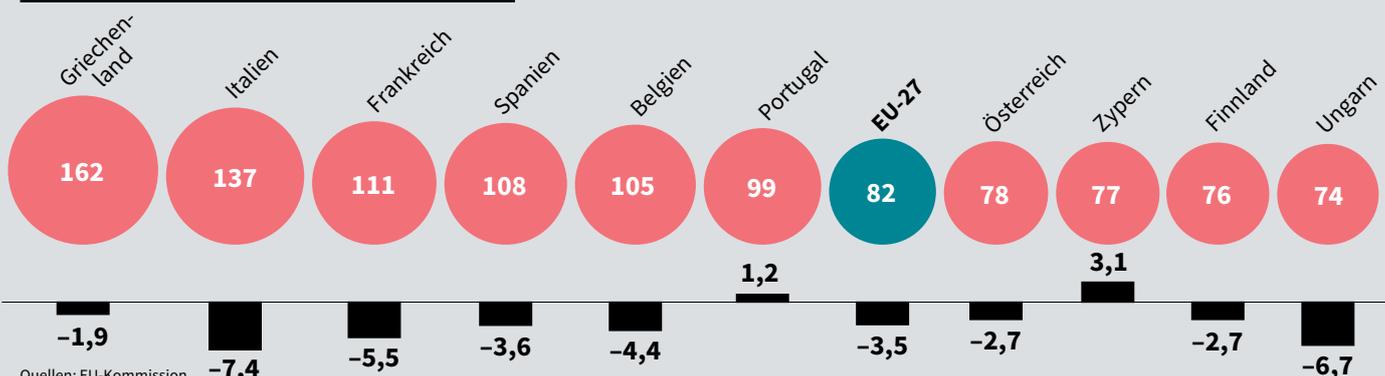
ten Nettoprimärausgaben im Zaum halten – das sind, grob gesprochen, die gesamten Staatsausgaben ohne Zinszahlungen sowie kurzfristige und auf Konjunkturschwankungen zurückzuführende Ausgaben. Auch Ausgaben für EU-Programme werden nicht angerechnet.

**Schuldenbremse.** Seit 2009 gilt in Deutschland zudem für Bund und Länder die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Diese begrenzt in wirtschaftlich normalen Zeiten die Nettokreditaufnahme des Bundes auf 0,35 Prozent des BIP, die der Länder sogar auf null. Damit soll in normalen Konjunkturphasen die Verschuldungsquote kontinuierlich sinken. Die strikten Finanzierungsvorgaben hat die Politik allerdings immer wieder umgangen, indem sie als zwingend erachtete Ausgaben über rechtlich selbstständige Sondervermögen getätigt hat – wie

## Staatsverschuldung: Große Spanne in der EU

im Jahr 2023 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ Schuldenstand ■ Haushaltssaldo

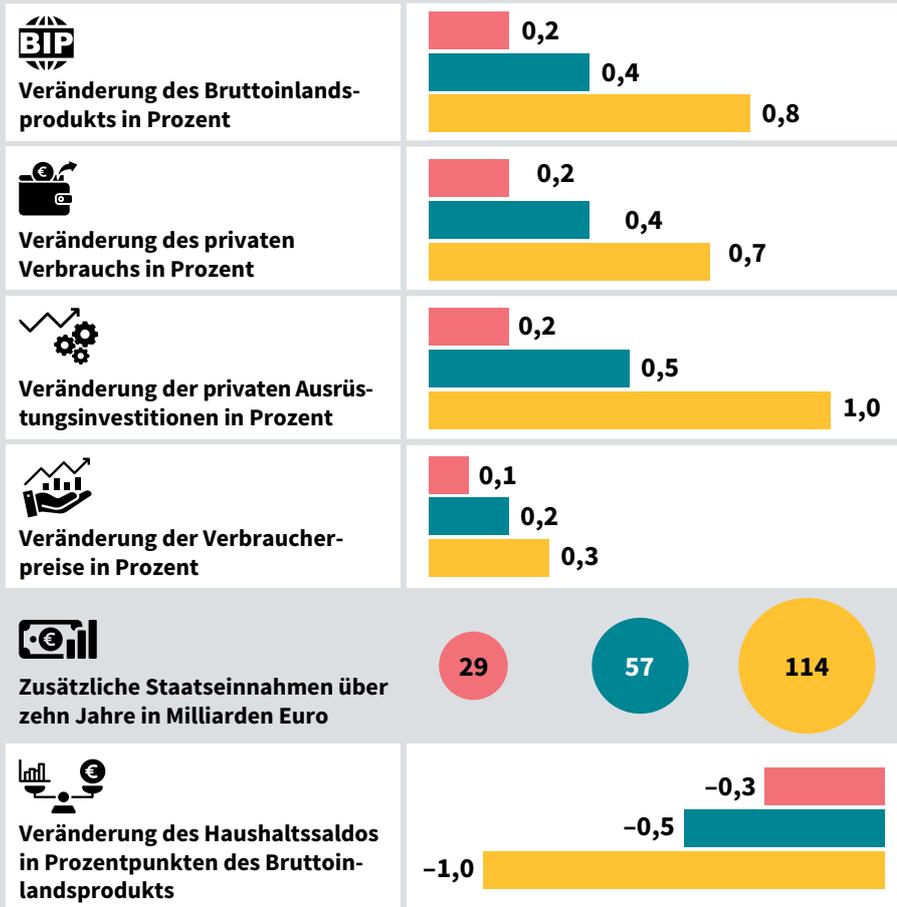


## Staatliche Investitionen fördern Wachstum

Das IW hat mit einer Modellsimulation berechnet, wie sich zusätzliche staatliche Investitionen auf zentrale wirtschaftliche Indikatoren auswirken würden

Abweichung von einem Basisszenario (Investitionen bleiben unverändert) nach zehn Jahren, wenn der Staat so viel zusätzlich investiert

- Szenario 1: 150 Milliarden Euro (15 Milliarden Euro jährlich)
- Szenario 2: 300 Milliarden Euro (30 Milliarden Euro jährlich)
- Szenario 3: 600 Milliarden Euro (60 Milliarden Euro jährlich)



Ausrüstungsinvestitionen: vor allem Investitionen in Maschinen und Produktionsanlagen  
 Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd

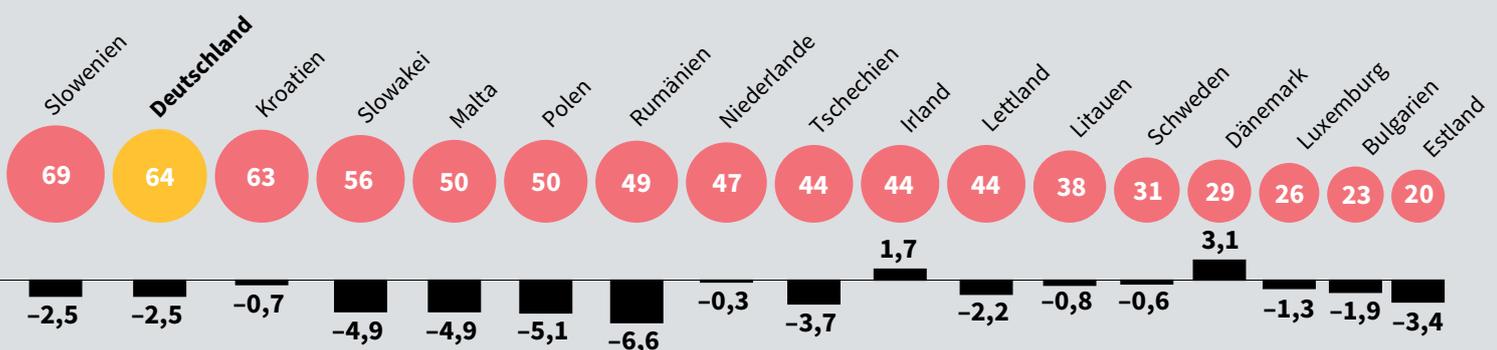
iwd

beispielsweise das Sondervermögen der Bundeswehr mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro.

Ein Vergleich der europäischen Fiskalregeln mit der nationalen Schuldenbremse zeigt: Beide haben unterschiedliche Ansatzpunkte, verfolgen aber dasselbe Ziel – nämlich die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Die beiden Regelwerke haben allerdings noch eine weitere Gemeinsamkeit: Sie bieten wenig finanziellen Spielraum für Investitionen, die die langfristigen Wachstumsperspektiven Deutschlands verbessern. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht für solche Investitionen zwar eine Verlängerung der Anpassungsphase vor, in der die Staatsfinanzen zu konsolidieren sind. Dies gewährt jedoch keinen zusätzlichen Verschuldungsspielraum.

Fakt ist aber, dass der Bedarf an zukunftsorientierten Investitionen in Deutschland über das hinausgeht, was im Rahmen der Schuldenbremse und der europäischen Fiskalregeln möglich ist: Neben der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gilt es vor allem, die notwendige Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität zu ermöglichen und die lange vernach-

Fortsetzung



lässigte Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Das IW hat den gesamten Investitionsbedarf vor einiger Zeit auf rund 600 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren taxiert (siehe iwd 11/2024).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Investitionen in dieser Größenordnung zwangsläufig die deutschen Staatsfinanzen aus dem Ruder laufen lassen würden. Um darauf eine Antwort zu finden, hat das IW eine Modellsimulation erstellt, in der die Auswirkungen verschiedener Investitionsszenarien auf wirtschaftliche und finanzpolitische Indikatoren berechnet wurden. Die Ergebnisse (Grafik Seite 3):

**Je nachdem, ob der Staat innerhalb von zehn Jahren 150, 300 oder 600 Milliarden Euro zusätzlich investiert, würde das Bruttoinlandsprodukt am Ende zwischen 0,2 und 0,8 Prozent höher ausfallen als ohne diesen Impuls.**

Der private Verbrauch dürfte in ähnlicher Größenordnung wachsen, die privaten Investitionen würden sogar um bis zu 1 Prozent zulegen. Die öffentlichen Investitionen beleben die Konjunktur also nicht

nur unmittelbar, sie setzen auch private Investitionsanreize, die die Wirtschaftskraft langfristig stärken. Das zeigt sich ebenso beim Blick auf das Produktionspotenzial, also die erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung. Sie ist im 600-Milliarden-Euro-Szenario nach zehn Jahren um fast 1 Prozent höher als im Basisszenario ohne zusätzliche Investitionen.

Die so gestärkte Konsum- und Investitionskonjunktur würde dem Staat über Steuern und Abgaben binnen zehn Jahren bis zu 114 Milliarden Euro extra in die Kassen spülen. Das hat zur Folge, dass trotz der gewaltigen Investitionssummen keine tiefen Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen werden. So steigt das Haushaltsdefizit in Prozent des BIP selbst dann, wenn der Staat 600 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen finanziert, nach zehn Jahren lediglich um 1 Prozentpunkt.

Dementsprechend erhöht sich auch die Staatsverschuldung allenfalls moderat (Grafik):

**Je nach zusätzlichem Investitionsvolumen dürfte die Staatsverschuldungsquote 2034 nur um gut**

**2 bis maximal knapp 9 Prozentpunkte über dem für das Basisszenario simulierten Niveau von gut 57 Prozent des BIP liegen.**

Und selbst wenn der Staat 600 Milliarden Euro mehr in die Hand nimmt, liegt die Schuldenquote in zehn Jahren lediglich um etwas mehr als 2 Prozentpunkte über dem heutigen Wert von knapp 64 Prozent. In den beiden anderen Investitionsszenarien unterschreitet sie das aktuelle Niveau um 2 beziehungsweise gut 4 Prozentpunkte.

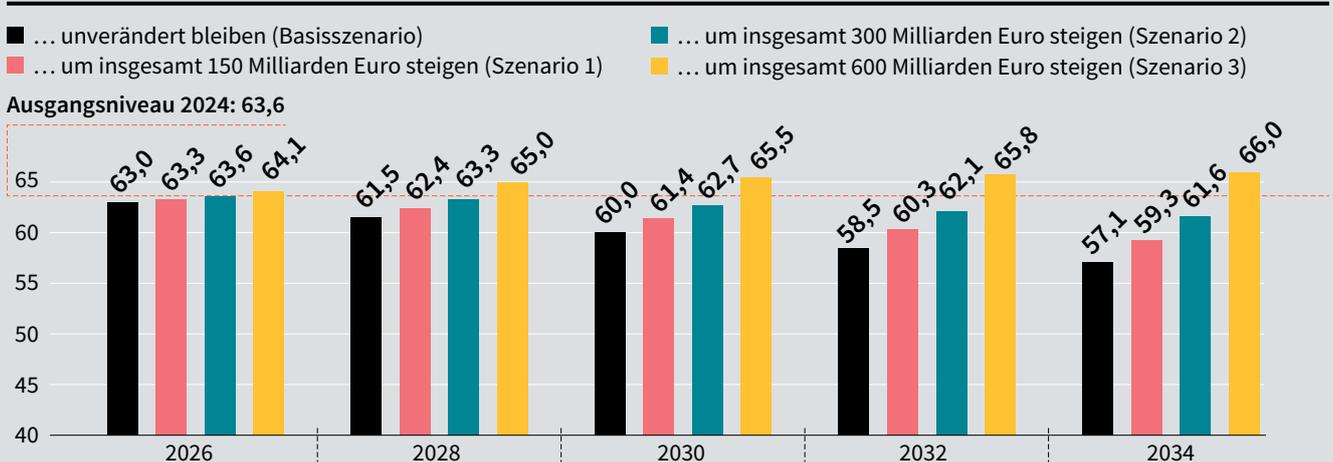
Welches Szenario auch immer realisiert würde – die langfristigen wirtschaftlichen Impulse wären deutlich und die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen bliebe erhalten. All dies spricht dafür, den Stabilitäts- und Wachstumspakt wie auch die deutsche Schuldenbremse flexibler zu gestalten, damit sie keine Barriere für Zukunftsinvestitionen bleiben.

**IW-Policy Paper 11/2024**

Melinda Fremerey, Tobias Hentze, Galina Kolev-Schaefer, Samina Sultan: Zwischen Schuldentragfähigkeit und Investitionsbedarf – Vergleich und Anpassungsbedarf europäischer und deutscher Fiskalregeln  
[iwkoeln.de/schulden-investitionen](http://iwkoeln.de/schulden-investitionen)

**Höhere Investitionen sind keine Schuldentreiber**

Staatsschulden Deutschlands in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemäß einer IW-Simulation, in der die staatlichen Investitionen in den kommenden zehn Jahren ...



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd

**Kommentar.** *Gesperrte Brücken, veraltete Wasserstraßen, kaputte Gleise – die deutsche Infrastruktur ist in einem desolaten Zustand. Gleichzeitig muss Deutschland die Wirtschaft für seine ehrgeizigen Klimaziele umbauen. Aus der Sicht von IW-Direktor Michael Hüther gibt es für beides nur einen Weg: investieren – und zwar sofort.*

## „Wir haben lange genug gewartet“



Foto: IW

Das Fundament der deutschen Wirtschaft bröckelt – und das im wörtlichen Sinn. Brücken und Straßen sind marode, die veraltete Infrastruktur ist ein riesiges Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland und gefährdet unseren Wohlstand.

Ein Beispiel: Bei einer amtlichen Untersuchung bekam mehr als jede dritte Landesstraße in Nordrhein-Westfalen die Note 4,5 oder schlechter. Bei den kommunalen Straßen gehen Experten in der Summe von einem noch schlechteren Zustand aus. Neben den kommunalen und Landesstraßen müssen auch Autobahnen, das Schienennetz und die Wasserstraßen dringend instand gesetzt sowie der Breitbandausbau verstärkt und das Stromnetz erweitert werden.

Denn: Acht von zehn Unternehmen sehen sich nach einer IW-Umfrage aus dem Jahr 2022 durch Infrastrukturprobleme in ihren Geschäften regelmäßig beeinträchtigt. 2013 waren es nur etwa sechs von zehn.

Es rächt sich, dass seit Jahrzehnten zu wenig in den Erhalt der Verkehrsadern des Landes gesteckt wurde. Das Problem ist lange bekannt und die passende Antwort darauf liegt seit jeher auf der Hand: Wir müssen investieren! Und hier ist zunächst und vor allem der Staat gefragt, denn er ist für die Infrastruktur verantwortlich.

Ebenso ist er in der Bringschuld bei der Transformation der Wirtschaft. Der Umbau ist extrem teuer, die Zeit durch das vom Staat festgelegte Neutralitätsziel 2045 knapp. Unternehmen brauchen nun Unterstützung, um etwa klimafreundlichere Maschinen und Anlagen anschaffen oder die Produktion auf eine neue energetische Grundlage stellen zu können.

Anstatt zu handeln, hat die inzwischen gescheiterte Ampelregierung aber immer wieder auf die knappen

Finanzen verwiesen. Größere Investitionen seien angeblich nicht zu machen.

Doch diese Argumentation geht aus mehreren Gründen ins Leere. So haben wir am Institut der deutschen Wirtschaft berechnet, dass jährliche Investitionen von 60 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren – so viel wäre nötig, um die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen und die Transformation anzugehen – die Schuldenquote nur moderat erhöhen würde. Die Mittel ließen sich gezielt über einen Infrastrukturfonds jenseits des Haushalts bereitstellen. Die Ergänzung einer Investitionsklausel zur Schuldenbremse und zu den EU-Fiskalregeln würde den Spielraum grundsätzlich erweitern – ohne den Kern der beiden maßgeblichen Regelwerke zu verletzen.

Das hätte mehrere Vorteile: Große Verkehrsprojekte scheitern oft daran, dass sich aus den öffentlichen Haushalten keine mehrjährigen Finanzierungszusagen treffen lassen. Ein Sonderfonds gäbe Planungssicherheit. Das ist auch das Stichwort für die Unternehmensseite. Die Betriebe brauchen Planungssicherheit, damit sie selbst investieren können.

Angesichts des katastrophalen Zustands unserer Infrastruktur und des fixen Datums 2045 für die Klimaneutralität gilt es, nicht noch mehr Zeit zu verschwenden. Wir haben keine Zeitreserven mehr. Die demokratischen Parteien sollten wegen der bald anstehenden Neuwahlen bereits die Vorbereitung leisten und loslegen. Jetzt Handlungsfähigkeit zu beweisen, würde auch den Populisten etwas den Wind aus den Segeln nehmen und gleichzeitig den Bürgern zeigen: Wir kümmern uns. Nötig ist es allemal, denn wie jeder weiß, lässt sich auf einem maroden Fundament nichts Stabiles aufbauen.

# Starke Städte

**Städteranking.** München verteidigt im Städteranking 2024 der IW Consult erneut den ersten Platz. Dahinter stehen vor allem die Autostädte hervor – und zwei Großstädte, die es neu in die Top Ten geschafft haben.

Der Süden strahlt weiter: Im Städteranking 2024 der IW Consult sind die vorderen Plätze wie in den vergangenen Jahren Städten aus

Bayern und Baden-Württemberg vorbehalten. Für ihre jährliche Rangliste der 72 kreisfreien deutschen Städte mit mehr als 100.000

Einwohnern werten die Forscherinnen und Forscher Indikatoren aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität aus.

Der erste Platz geht dabei erneut – mit einigem Abstand – an München (Grafik). Die bayerische Landeshauptstadt steht seit 2013 unangefochten an der Spitze. Also alles wie immer? Keineswegs, denn dahinter gibt es reichlich Bewegung.

So rutscht Mainz um fünf Plätze auf Rang sieben ab, Stuttgart klettert im Gegenzug auf den zweiten Platz. Die schwäbische Metropole scheidet im Teilbereich Wirtschaft bundesweit am besten ab und profitiert dabei besonders von den ansässigen Industrieunternehmen: Leistungsstarke produzierende Firmen wie Mercedes-Benz, Bosch oder Siemens tragen maßgeblich zu einem hohen Bruttoinlandsprodukt sowie einer großen Steuerkraft je Einwohner in Stuttgart bei. Zudem melden Erfinder dort bundesweit die meisten Patente an.

Das Treppchen komplettiert Ingolstadt, das mit einer starken Wirtschaft und einem stabilen Arbeitsmarkt punktet. Frankfurt springt von Rang acht auf fünf – vor allem aufgrund einer besseren Platzierung im Bereich Lebensqualität. So gingen etwa die Straftaten am Main zurück.

## Städteranking 2024: Die Top Ten

Für das Städteranking 2024 der IW Consult wurden 72 Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert



**Niveau:** Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität  
**Dynamik:** Entwicklung in den zurückliegenden fünf Jahren  
**Nachhaltigkeit:** Punktzahl in den Bereichen ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit

	Niveau	Dynamik	Nachhaltigkeit
1.	München <b>68,5</b>	Mainz <b>60,0</b>	Wolfsburg <b>58,8</b>
2.	Stuttgart <b>62,2</b>	Berlin <b>58,1</b>	Ingolstadt <b>58,5</b>
3.	Ingolstadt <b>61,8</b>	Frankfurt/Main <b>57,4</b>	Heidelberg <b>58,1</b>
4.	Erlangen <b>61,2</b>	Düsseldorf <b>57,2</b>	Ulm <b>57,6</b>
5.	Frankfurt/Main <b>60,3</b>	Kaiserslautern <b>56,2</b>	Erlangen <b>57,2</b>
6.	Wolfsburg <b>59,1</b>	München <b>56,0</b>	Stuttgart <b>56,5</b>
7.	Mainz <b>58,2</b>	Köln <b>55,4</b>	Darmstadt <b>56,1</b>
8.	Regensburg <b>57,1</b>	Hamburg <b>54,8</b>	Freiburg im Breisgau <b>55,8</b>
9.	Hamburg <b>57,1</b>	Leverkusen <b>53,6</b>	Karlsruhe <b>55,4</b>
10.	Düsseldorf <b>56,3</b>	Kiel <b>53,4</b>	Regensburg <b>55,1</b>

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Einzelindikatoren: gewichtet

Quelle: IW Consult  
 © 2024 IW Medien / iwd

## Nachhaltigkeitsranking: Grüner Strom und wenig Müll

Diese Städte schneiden im Städteranking 2024 bei diesen ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren am besten ab

Rang	Solarleistung	Elektrotankstellen	Abfallmenge
1.	Cottbus 917,2	Ingolstadt 102,2	Freiburg im Breisgau 228,4
2.	Kaiserslautern 703,4	Wolfsburg 76,8	Braunschweig 257,2
3.	Ulm 650,2	Heilbronn 58,5	Stuttgart 270,5
4.	Ingolstadt 533,3	Regensburg 51,9	Heidelberg 272,5
5.	Saarbrücken 529,6	Stuttgart 51,4	Ingolstadt 275,4

■ Solarleistung: installierte Solarleistung je 1.000 Einwohner in Kilowatt  
 ■ Elektrotankstellen: Zahl der Elektrotankstellen je 10.000 Einwohner  
 ■ Abfallmenge: Jahresdurchschnitt je Einwohner in Kilogramm, Stand: 2022

Quelle: IW Consult  
 © 2024 IW Medien / iwd



Und während in den vergangenen zwei Jahren die zehn besten Städte im Niveauranking stets dieselben waren, gibt es diesmal zwei neue Gesichter:

### Hamburg und Düsseldorf verdrängen Darmstadt und Ulm aus der Spitzengruppe und landen auf den Plätzen neun und zehn im Niveauranking.

Dass es in der Hansestadt sowie der Landeshauptstadt am Rhein gerade gut läuft, unterstreicht das Dynamikranking, in dem die IW Consult die Entwicklung der vergangenen fünf Jahre bewertet. Düsseldorf steht auf Rang vier, unter anderem aus zwei Gründen: Die Steuerkraft je Einwohner ist in diesem Zeitraum deutlich gestiegen und es sind mehr Hochqualifizierte dort beschäftigt. Hamburg auf Platz acht profitiert davon, dass sich die Betreuungsquote von unter Dreijährigen verbessert hat.

Neben Düsseldorf und Hamburg liegen mit Berlin, Frankfurt, München und Köln insgesamt sechs der sieben größten deutschen Städte in den Top Ten des Dynamikrankings. Maßgeblich dafür ist ihr gutes Abschneiden

im Teilbereich Immobilienmarkt. Spitzenreiter im Dynamikranking bleibt aber – wenn auch mit verringertem Vorsprung – Mainz. Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt profitiert nach wie vor von den Erfolgen des dort ansässigen Pharmaunternehmens BioNTech.

Ein weiterer Bereich, den sich die IW Consult gesondert ansieht, ist das Thema Nachhaltigkeit. Insgesamt 22 Indikatoren messen die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Städte und decken ein breites Spektrum ab – von der Solarleistung über die Zahl der Elektrotankstellen bis hin zur Feinstaubbelastung oder der Müllmenge pro Einwohner.

Neben dem Einzelranking ermöglicht dieser detaillierte Blick Vergleiche mit den ländlichen Regionen der Bundesrepublik. So fällt auf, dass die 72 Großstädte, in denen rund ein Drittel der Bevölkerung lebt, lediglich 6,7 Prozent der bundesweit installierten Nettosolarleistung auf sich vereinen. Hier gibt es noch viel Potenzial, zum Beispiel auf Dächern von Wohngebäuden (siehe iwd 14/2024).

Näher zusammen sind Stadt und Land in der E-Ladesäuleninfrastruktur: In ländlichen Räumen kommen auf 10.000 Einwohner im Schnitt 16,2 Ladepunkte, in den Großstädten sind es 17,9. Die meisten Ladesäulen pro Kopf gibt es erwartungsgemäß an Standorten der großen Automobilhersteller (Grafik):

### In Ingolstadt stehen aktuell rund 102 Elektrotankstellen je 10.000 Einwohner, in Wolfsburg sind es fast 77.

Die beiden Städte liegen auch im gesamten Nachhaltigkeitsranking vorn. Der VW-Standort Wolfsburg auf Platz eins besticht durch den deutschlandweit höchsten Anteil sowohl an Ingenieuren je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als auch an Personal in Forschung und Entwicklung je 1.000 Erwerbstätige. Darüber hinaus punktet die Stadt mit vielen Patentanmeldungen.

In all diesen Kategorien schneidet auch Ingolstadt als Zweitplatziertes des Nachhaltigkeitsrankings besonders gut ab – wie in Wolfsburg zeigt sich dort mit Audi der positive Einfluss der ansässigen Automobilindustrie.

# Wie inklusiv ist das Internet?

**Menschen mit Behinderungen.** Ab Mitte kommenden Jahres müssen digitale Produkte und Dienstleistungen in Deutschland barrierefrei sein. Bislang erfüllt nur ein Bruchteil der gängigen Web-Shops die Voraussetzungen dafür.

Ab dem 28. Juni 2025 sind privatwirtschaftliche Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen in Deutschland gesetzlich verpflichtet, diese komplett barrierefrei zu gestalten. Dies regelt das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz.

Betroffen sind Anbieter von Standard-Verbrauchergeräten wie Notebooks oder Tablets genauso wie der komplette Online-Handel oder Anbieter von Ticket- und Buchungssystemen – und zwar unabhängig davon, wo sie ihren Unternehmenssitz haben.

Ein Test, den die Aktion Mensch und Google in diesem Jahr für die 71 meistbesuchten Online-Shops in Deutschland durchgeführt haben, zeigt allerdings, dass bis zum kommenden Sommer noch viel Arbeit vor den Anbietern liegt:

## **Nur ein Fünftel der gängigen Online-Shops ist barrierefrei.**

Die häufigste Barriere, die die Tester fanden, lautete: mangelnde Tastaturbedienbarkeit. Eine barrierefreie Bedienbarkeit ermöglicht es, alle Funktionalitäten einer Website per Tastatur zu nutzen (Grafik).

Die digitale Barrierefreiheit ist kein Selbstzweck, sondern für Menschen mit Behinderungen essenziell. Und diese Gruppe ist groß. Zu ihr gehören beispielsweise Menschen ohne oder mit eingeschränktem Sehvermögen oder eingeschränkter Farbwahrnehmung, ohne oder mit eingeschränktem Hörvermögen, Menschen ohne Sprachvermögen oder Menschen mit eingeschränkter manueller Fähigkeit. Auch Personen mit Lernschwierigkeiten oder kognitiven Beeinträchtigungen sind auf ein inklusives Internet angewiesen:

**So shoppen 61 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung häufig oder sehr häufig online, aber nur 51 Prozent der Menschen ohne Beeinträchtigung.**

Von digitaler Barrierefreiheit und Usability – also der Benutzerfreundlichkeit – profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch ältere Menschen, Techniklaien sowie Personen, die deutsche Texte nicht gut verstehen. So helfen beispielsweise Vorlesefunktionen oder Sprachassistenten nicht nur Menschen mit Sehbehinderung, sondern auch den mehr als 6,2 Millionen Menschen in Deutschland mit Analphabetismus.

Und was passiert, wenn Dienstleistungen oder Produkte bis Ende Juni 2025 nicht barrierefrei sind? Unternehmen, die dem nicht nachkommen, können im Extremfall mit scharfen Sanktionen bis hin zum Verkaufsverbot belegt werden.

## Checkliste: So werden Webseiten barrierefrei

Mithilfe dieser gestalterischen, redaktionellen und technischen Tipps werden privatwirtschaftliche Webseiten barrierefrei; Auswahl

### Gestaltung

- Kontrastreiche Inhalte, lesbare Schriftarten (serifenarm) nutzen.
- Inhalte müssen auch ohne Farbwahrnehmung verständlich sein.
- Texte, Grafiken, Navigation etc. müssen in der Größe veränderbar sein.

### Redaktion

- Texte so leicht verständlich wie möglich verfassen.
- Bilder, Grafiken, Logos etc. haben eine Textalternative oder sind als „dekorativ“ ausgezeichnet.
- Videos haben eine Audiodeskription und sind Untertitelt.

### Technik

- Alle Gerätegrößen und Browsereinstellungen unterstützen.
- Alleinige Tastaturbedienbarkeit gewährleisten (inkl. gut sichtbarem Tastaturfokus).
- Genug Zeit für Formulareingaben geben (idealerweise keine Zeitbeschränkung).

Die vollständige Checkliste finden Sie auf [iwd.de/barrierefreiheit](https://www.iwd.de/barrierefreiheit)

# Schuldigkeit getan

**Steuerpolitik.** Das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich aktuell mit der Frage, ob der Solidaritätszuschlag noch rechtmäßig ist. Seine Abschaffung würde die Unternehmen in Deutschland finanziell deutlich entlasten und Raum für Investitionen schaffen, wie IW-Berechnungen zeigen.

Ein Jahr – so lange sollte der Solidaritätszuschlag ursprünglich erhoben werden, als er im Jahr 1991 eingeführt wurde. Heute – mehr als 30 Jahre später – zahlen ihn Bundesbürger und Unternehmen immer noch.

Spätestens als im Jahr 2019 der Solidarpakt auslief, hatte der Solidaritätszuschlag ausgedient. Doch statt ihn abzuschaffen, hat die Politik lediglich den Kreis der Zahler verkleinert: Den Soli muss seit 2021 leisten, wer als Alleinstehender mehr als 7.000 Euro brutto im Monat verdient, bei Ehepaaren ist die Grenze doppelt so hoch.

Im vergangenen Jahr zahlten so rund sechs Millionen Bundesbürger

die Abgabe – das waren gut 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen hierzulande. Hinzu kamen schätzungsweise 600.000 Kapitalgesellschaften, für die es keine neuen Einschränkungen gab. Zudem wird der Soli unvermindert auf Kapitalerträge wie Zinsen erhoben.

Vor dem Bundesverfassungsgericht haben mittlerweile die Verhandlungen darüber begonnen, ob der Soli nach 2019 noch verfassungsgemäß ist. Sollte das Gericht entscheiden, dass dies nicht der Fall ist, müsste der Bund im äußersten Fall die Steuern aus den Jahren 2020 bis 2024 zurückzahlen. Die bereits eingeplanten Einnahmen bis 2028 würden zudem ausbleiben. Das

ergibt insgesamt eine beträchtliche Summe (Grafik):

**Die Staatseinnahmen aus dem Solidaritätszuschlag von 2020 bis 2028 belaufen sich schätzungsweise auf rund 122 Milliarden Euro.**

Sollte die Abgabe entfallen, würde das zwar eine weitere Lücke im Bundeshaushalt verursachen – der Schritt ist aufgrund des ausgelaufenen Solidarpakts trotzdem überfällig.

Unabhängig davon ist die Wirtschaftslage der Unternehmen Grund genug, die Abgabe zu hinterfragen. Schließlich schwächelt die Konjunktur, die Wirtschaft stagniert und in vielen Branchen drohen Gehaltsnullrunden oder sogar Entlassungen. Würde der Soli rückwirkend abgeschafft werden, hätten die Unternehmen, die aktuell rund 60 Prozent seines Gesamtaufkommens zahlen, mehr finanziellen Spielraum:

**Zusammen mit den Rückzahlungen aus den bereits geleisteten Abgaben der Jahre 2020 bis 2024 würden die Firmen in Deutschland bis 2028 knapp 65 Milliarden Euro einsparen.**

Das Geld könnte in dringend benötigte Investitionen fließen. Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist daher – unabhängig vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts – politisch geboten und ökonomisch wichtig.

## Soli: Aufkommen bleibt hoch

Staatseinnahmen aus dem Solidaritätszuschlag in Milliarden Euro



Ab 2024: Prognose

Quelle: Arbeitskreis „Steuerschätzungen“  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

# MINT-Lücke gefährdet die Transformation

**Arbeitsmarkt.** In Berufen der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik fehlen in Deutschland trotz Wirtschaftsflaute nach wie vor viele Beschäftigte. Gerade für die Entwicklung innovativer Lösungen zur Transformation der Wirtschaft sind diese Jobs besonders wichtig.

Wenn die Wirtschaft schwächelt, gerät der Arbeitsmarkt unter Druck. Dieses klassische volkswirtschaftliche Prinzip greift auch aktuell in Deutschland: Hiesige Unternehmen müssen häufiger Personal entlassen oder verzichten auf Einstellungen. Das hat auch Auswirkungen auf die Fachkräftelücke in den MINT-Berufen, also Jobs der Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Allerdings

ist der Bedarf an Mitarbeitern mit MINT-Qualifikation nach wie vor hoch:

Im September 2024 gab es in Deutschland rund 418.200 offene Stellen in MINT-Berufen. Demgegenüber standen knapp 226.300 arbeitslos gemeldete Personen, die nach einem MINT-Job suchten. Berücksichtigt man die Mismatches – nicht für jede offene Stelle gibt es einen Kandidaten mit der geeigneten

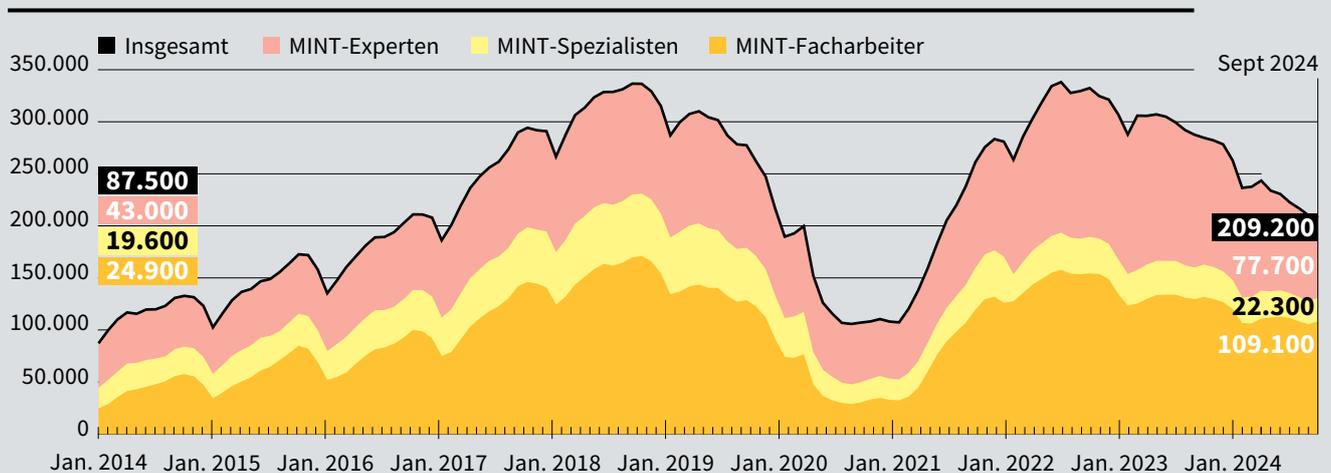
Qualifikation – ergibt sich die aktuelle Lücke (Grafik):

**Im September 2024 fehlten in den 36 MINT-Berufsgruppen insgesamt 209.200 Personen. Zur Einordnung: Anfang des Jahres waren es 237.500.**

Mehr als die Hälfte der aktuellen Lücke betrifft Jobs mit Facharbeiterqualifikation – über diese verfügt man in der Regel nach einer Berufsausbildung. Darüber hinaus werden

## MINT-Berufe: So groß ist die Fachkräftelücke

in Deutschland



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

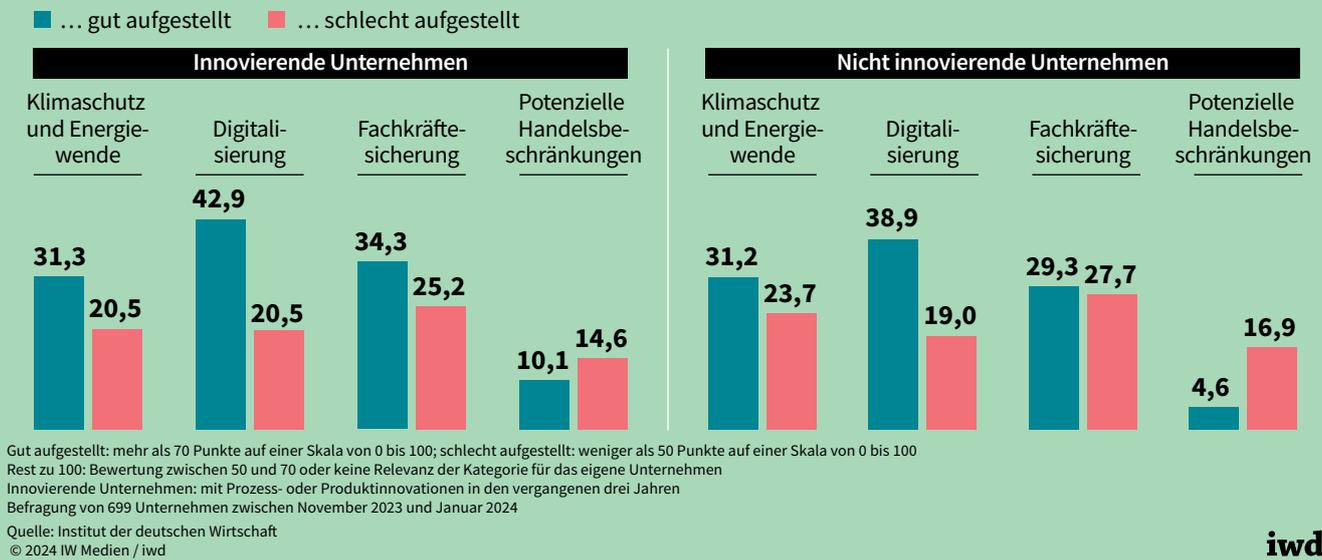
MINT-Experten: meist Akademiker; MINT-Spezialisten: meist Techniker und Meister; MINT-Fachkräfte: meist Ausbildungsabsolventen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

## Transformation: Innovative Unternehmen positiver gestimmt

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sehen sich für die Herausforderungen in diesen Bereichen ...



knapp 77.700 Akademiker gesucht. Am geringsten ist der derzeitige Bedarf an weiteren Technikern und Meistern, auf dieser Qualifikationsstufe fehlen gut 22.300 Personen.

Bezogen auf die Branchen herrscht in den Energie- und Elektroberufen der größte Fachkräftemangel, 68.600 Erwerbstätige fehlen in diesen Zweigen. Ebenfalls größere Personalsorgen haben die Unternehmen in den Berufen der Maschinen- und Fahrzeugtechnik (41.500), den Bauberufen (30.800) und den Metallberufen (30.100).

Die MINT-Lücke ist allerdings nicht nur für die einzelnen Branchen ein Problem, sondern auch für die Wirtschaft insgesamt. Denn in den genannten Berufen werden überdurchschnittlich viele Innovationen kreiert. Angesichts der laufenden Transformation der Wirtschaft und der damit verbundenen Bewältigung der vier großen Aufgabenfelder Digitalisierung, Dekarbonisierung, demografische Entwicklung und Deglobalisierung sind diese Berufe umso wichtiger.

Die gute Nachricht: Innovative Unternehmen, die in der Regel überdurchschnittlich viele MINT-Beschäftigte haben, fühlen sich besser für die verschiedenen Herausforderungen gerüstet als der Rest. Die schlechte Nachricht: Überraschend gut schneiden auch diese Firmen in einer IW-Befragung nicht ab (Grafik):

**Ein knappes Drittel der innovativen Unternehmen in Deutschland sieht sich gut aufgestellt für die Herausforderungen durch Energie-wende und Klimaschutz. Jedes fünfte von ihnen ist allerdings nach eigener Aussage in einer schlechten Ausgangslage.**

In der Kategorie Digitalisierung ist mit knapp 43 Prozent gut vorbereiteter innovativer Unternehmen die Situation noch am besten. Bezüglich möglicher internationaler Handelsbeschränkungen im Zuge der Deglobalisierung übersteigt die Zahl der Pessimisten die der Optimisten.

Angesichts dieser Voraussetzungen sehen die Unternehmen in mehreren Bereichen politischen Handlungsbedarf, um die Transfor-

mation zu bewältigen. Ein Thema dominiert in diesem Kontext klar:

**Investitionen in das Bildungssystem halten so gut wie alle befragten Firmen für unbedingt erforderlich.**

Konkret muss es darum gehen, die Fähigkeiten der Schüler in MINT-Fächern durch gezielte Förderung zu verbessern. In den vergangenen Jahren sind die Leistungen, die deutsche Schüler in diesen Bereichen im PISA-Test zeigten, sukzessive gesunken.

Außerdem ist die Zahl der Studienanfänger in MINT-Fächern von rund 198.000 im Jahr 2016 auf knapp 179.500 im Jahr 2023 zurückgegangen. Den größten Einbruch gab es in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik. Eine bessere und klischeefreie Berufs- und Studienberatung könnte dazu beitragen, diesen Trend zu stoppen.

**Gutachten**

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke:  
 MINT-Herbstreport 2024  
[iwkoeln.de/mint-herbstreport-2024](http://iwkoeln.de/mint-herbstreport-2024)

# Die Kosten des Zollkriegs

**USA.** Falls der künftige US-Präsident Donald Trump einen Zollkrieg anzettelt, wäre das Exportland Deutschland davon besonders stark betroffen. Aber auch in den USA selbst würden Zölle und zu erwartende Vergeltungszölle das Wirtschaftswachstum drosseln und Arbeitsplätze kosten.

Zölle sind ein zweiseitiges Schwert. Einerseits sollen sie die Wirtschaft jenes Landes schützen, das den Zoll erhebt. Andererseits verteuern sie die mit einem Zoll belegte Ware. Außerdem ziehen Zölle weitere volkswirtschaftliche Konsequenzen nach sich – und das nicht nur in dem Land, das sie einführt, und dem, gegen das der Zoll verhängt wurde, sondern weltweit. So könnte beispielsweise ein drittes Land sowohl profitieren, weil es aufgrund eines Preisvorteils plötzlich deutlich mehr in das den Zoll verhängende Land exportiert, als auch darunter leiden, wenn es etwa wegen des schwächeren Handels der beiden anderen Länder weniger seiner Vorleistungsprodukte dort absetzen kann.

Mit der Wahl Donald Trumps zum künftigen US-Präsidenten ist die Zollfrage wieder akut. Im Wahlkampf hatte Trump für den Fall seiner Wiederwahl des Öfteren umfangreiche Zollerhöhungen in der Handelspolitik angedroht, auch gegenüber der EU. Mit der Einführung höherer Zölle will Trump unter anderem das Handelsbilanzdefizit der USA deutlich verringern – die Vereinigten Staaten weisen seit den 1990er Jahren eine negative Handelsbilanz aus, führen also wertmäßig mehr Waren ein als aus.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun untersucht, wie sich die transatlantischen Handelsbeziehungen entwickeln, wenn beide Seiten ab 2025 deutlich höhere Zölle verhängen. Aktuell liegen die US-Einfuhrzölle für Waren aus der EU zwischen 1 und 2 Prozent. Die EU wiederum belegt US-Importe derzeit mit einem durchschnittlichen Zollsatz von rund 1 Prozent.

Den IW-Berechnungen liegen zwei Szenarien zugrunde: In Szenario 1 erhöhen die USA ihre Zölle auf alle Importe auf 10 Prozent, auf chinesische Importe sogar auf 60 Prozent. Im Gegenzug führt die EU eine gleichwertige Vergeltungsmaßnahme ein und verhängt einen 10-prozentigen Zollsatz auf Einfuhren aus den USA. In Szenario 2 beträgt der von den USA gegenüber der EU und umgekehrt erhobene Zollsatz 20 Prozent. In beiden Szenarien werden die Zollsätze Anfang 2025 eingeführt und über die Ende 2028 endende Amtszeit Trumps beibehalten.

**In beiden Fällen führen die hohen Zollsätze zu einer geringeren Wirtschaftsleistung in den beteiligten Ländern als in einem Szenario ohne Zölle.**

In den USA wäre der negative Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufgrund der Einfuhrzölle und der daraus aller Voraussicht nach

resultierenden Verunsicherung im ersten Jahr am höchsten (Grafik):

**Die Wirtschaftsleistung der USA würde bei gegenseitigen transatlantischen Importzöllen von 10 Prozent im Jahr 2025 um knapp 1,3 Prozent geringer ausfallen als ohne Zölle. Bei einem Zollsatz von 20 Prozent fiel das BIP sogar um fast 1,5 Prozent niedriger aus.**

Wie die angenommene Verunsicherung von Konsumenten, Firmen und Anlegern nehmen auch die negativen BIP-Effekte im Zeitverlauf ab, in Szenario 1 kehrt die Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten im Jahr 2028 fast wieder auf ihr Basisszenario zurück.

Infolge des zuvor zu erwartenden wirtschaftlichen Einbruchs käme es zudem zu einem Beschäftigungsrückgang. In Szenario 1 wären im Jahr 2026 infolge des Zollkriegs fast 625.000 Menschen mehr in den USA arbeitslos, in Szenario 2 wären es 746.000 Menschen. Auch dieser Effekt nimmt in den USA mit der Zeit ab und würde sich 2028 sogar ganz leicht ins Positive drehen.

In den 27 EU-Staaten insgesamt sowie in Deutschland würden beide Zollszenarien ebenfalls der jeweiligen Wirtschaftsleistung einen Dämpfer verpassen, allerdings würden diese Effekte – anders als in den USA – im Zeitablauf immer

stärker ausfallen, obwohl sich auch hier die angenommene Verunsicherung allmählich abbaut. Sowohl EU-weit als auch in der Bundesrepublik würde der maximale negative BIP-Effekt im dritten Jahr nach Einführung der Handelszölle erreicht, auch danach würde er nur minimal abnehmen. Deutschland als ein Land mit einer offenen und exportorientierten Wirtschaft würde besonders stark unter einem verschärften transatlantischen Handelskrieg mit hohen Zollsätzen leiden:

**Die kumulierten BIP-Verluste Deutschlands in konstanten Preisen des Jahres 2020 belaufen sich für Szenario 1 auf etwa 127 Milliarden Euro, in Szenario 2 auf 180 Milliarden Euro.**

Der wichtigste Faktor für den Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung aufgrund eines Zollkriegs sind die privaten Investitionen, die wiederum aufgrund der erheblichen Exportrückgänge ins Stocken kämen. Auch die Beschäftigung würde sinken. Im Jahr 2028 wären in Deutschland aufgrund der transatlantischen 10-Prozent-Zölle 103.000 Menschen weniger beschäftigt als ohne Zollerhöhungen, im 20-Prozent-Szenario sogar 151.000.

Doch nicht nur die Staaten, die die Zölle erhöhen, hätten Nachteile. Auch das weltweite Bruttoinlandsprodukt würde unter dem Zollschock leiden: Das globale Wirtschaftswachstum würde in Szenario 1 im Jahr 2025 um 0,5 Prozent niedriger ausfallen also ohne neue Zollschranken. Das reale Bruttoinlandsprodukt Chinas würde im Jahr 2028 in Szenario 2 sogar um 1,7 Prozent unter dem Basisszenario liegen.

**IW-Report 42/2024**

Thomas Obst, Samina Sultan, Jürgen Matthes:  
Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0? Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen  
[iwkoeln.de/trump-2.0](http://iwkoeln.de/trump-2.0)

**Zollerhöhungen: Die Wirtschaft schrumpft überall**

Der designierte US-Präsident Donald Trump hatte bereits vor der Wahl angekündigt, die heimische Wirtschaft mithilfe von Zöllen schützen zu wollen. Das IW hat die möglichen Auswirkungen anhand zweier Szenarien durchgerechnet.

**Szenario 1:** Erhöhung der US-Zölle ab 2025 auf alle Importe (außer China) auf 10 Prozent, auf chinesische Importe auf 60 Prozent, als Gegenmaßnahme erhöht die EU ihre Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent

**Szenario 2:** Erhöhung der US-Zölle ab 2025 auf alle Importe (außer China und EU) auf 10 Prozent, auf chinesische Importe auf 60 Prozent, auf EU-Importe auf 20 Prozent, als Gegenmaßnahme erhöht die EU ihre Zölle auf US-Einfuhren auf 20 Prozent

**Folgen für die USA**

Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt der USA gegenüber einem Szenario ohne Zollerhöhungen, in Prozent

	Szenario 1	Szenario 2
2025	-1,27	-1,47
2026	-1,14	-1,39
2027	-0,43	-0,61
2028	-0,05	-0,19

**Folgen für die EU**

Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt der EU-27 gegenüber einem Szenario ohne Zollerhöhungen, in Prozent

	Szenario 1	Szenario 2
2025	-0,29	-0,42
2026	-0,78	-1,13
2027	-0,91	-1,34
2028	-0,89	-1,33

**Folgen für Deutschland**

Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands gegenüber einem Szenario ohne Zollerhöhungen, in Prozent

	Szenario 1	Szenario 2
2025	-0,34	-0,48
2026	-0,98	-1,37
2027	-1,08	-1,53
2028	-0,99	-1,45

Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

# Grüner Strom zieht an

**Energiewende.** Die Energieversorgung ist – vor allem für die Industrie – seit jeher ein relevanter Standortfaktor. Eine neue IW-Studie zeigt nun, dass Unternehmen den erneuerbaren Energien ins Ausland hinterherziehen könnten – dies gilt insbesondere für Betriebe der Grundstoffindustrie.

Hauptsache viel und Hauptsache billig: Dieses Credo gilt auch für Firmen bei der Wahl ihres Standorts, wenn es um die Energieversorgung geht – neben einer stabilen und ausfallfreien Verfügbarkeit von Strom. Das zeigen neue Daten aus dem IW-Zukunftspanel:

**Im Jahr 2023 sahen knapp 77 Prozent der befragten Unternehmen der Grundstoffindustrie und mehr als 73 Prozent der Firmen aus den anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes die Energieversorgung als „eher wichtigen“ oder „sehr wichtigen“ Standortfaktor.**

Dass der Wert für die Grundstoffindustrie noch einmal höher liegt, ist verständlich, versammeln sich dort doch besonders energieintensive Unternehmen wie jene der Metall-erzeugung und -verarbeitung und der chemischen Industrie.

Innerhalb Deutschlands führt das bereits dazu, dass Firmen den Norden der Republik in den Blick nehmen (siehe iwd 16/2023). Denn die Betriebe sehen die küstennahen Regionen in der künftigen Energieversorgung vorn, während Süddeutschland schlecht wegkommt. Für den Standort Deutschland

insgesamt ist allerdings eine andere Einschätzung deutlich problematischer (Grafik):

**Mehr als ein Drittel der befragten Firmen der Grundstoffindustrie geht davon aus, dass Lieferanten energieintensiver Vorprodukte ihr Heil im Ausland suchen werden, weil dort erneuerbare Energien besser und damit günstiger verfügbar sind.**

**Der Sogeffekt von Regionen mit viel grünem Strom auf Firmen dürfte zunehmen.**

Im sonstigen Verarbeitenden Gewerbe teilt diese Einschätzung noch ein Viertel der Firmen.

Die Erkenntnisse der Panel-Auswertung hat das Institut der deutschen Wirtschaft als Teil des wissenschaftlichen Netzwerks SCI4climate. NRW auf Grundlage von zehn qualitativen Interviews mit Firmenlenkern nun noch einmal untermauert:

**Der Sogeffekt, den Regionen mit viel günstigem grünem Strom im Ausland auf Betriebe haben, dürfte in den kommenden Jahren zunehmen.**

Gleichwohl gibt es andererseits aber noch immer Gründe, die dem „Renewables Pull“ – also der Anziehungskraft jener ausländischen Regionen mit viel erneuerbarer Energie – entgegenstehen.

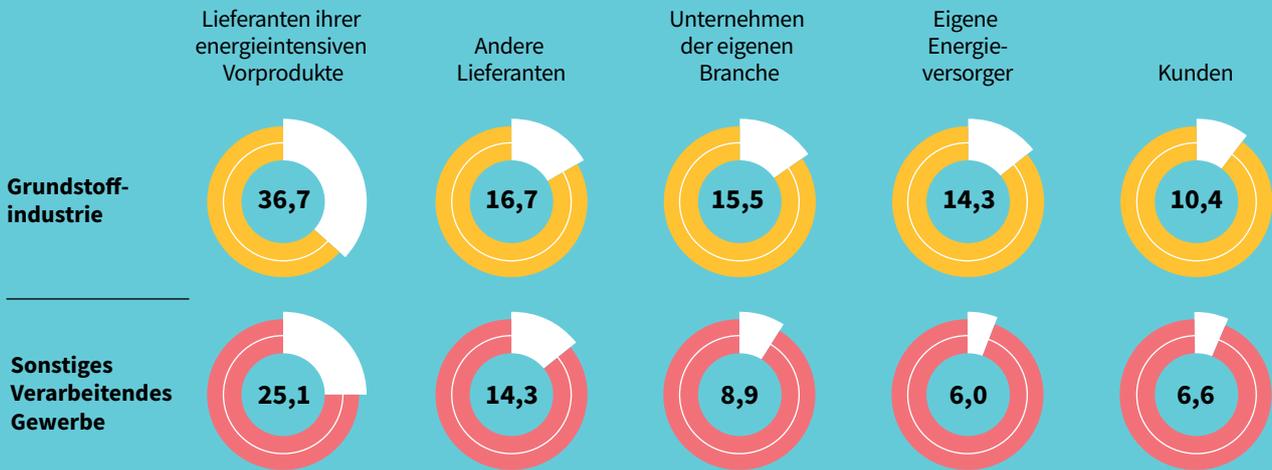
So wies ein Interviewpartner darauf hin, dass alleine mit Solar- und Windenergie keine grundlastfähige, also durchgängig verlässliche Stromversorgung gewährleistet ist. Das Gesamtbild ergänzt, dass einige Firmen immer mehr aufs Recycling setzen – was ihren Energiebedarf senkt, wodurch der Standortfaktor unwichtiger wird.

Zudem schätzen die Unternehmen noch immer die zentrale Lage Deutschlands auf dem europäischen Kontinent sowie die etablierte und vielerorts eng verflochtene Industrieinfrastruktur.

Hinzu kommt nach Einschätzung der befragten Firmenlenker, dass in der Bundesrepublik trotz des demografischen Wandels nach wie vor oft noch qualifizierte Fachkräfte verfügbar sind.

## Standortfaktor erneuerbare Energien

So viel Prozent der befragten Unternehmen gingen im Frühjahr 2023 davon aus, dass „viele“ oder „fast alle“ Firmen der jeweiligen Kategorie ihre Produktion aufgrund der dort besseren Verfügbarkeit erneuerbarer Energien von Deutschland an andere Standorte der Welt verlagern



Verarbeitendes Gewerbe: Befragung von insgesamt 412 Unternehmen; Grundstoffindustrie: Befragung von 179 Unternehmen aus der Metallerzeugung und -verarbeitung, der chemischen Industrie und der Erzeugung von Glas, Keramik sowie der Verarbeitung von Steinen und Erden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd



Wegen dieses differenzierten Gesamtbilds sollte die heimische Politik drei Herausforderungen mit Nachdruck angehen, um den Standort Deutschland attraktiv zu halten und um zu verhindern, dass Firmen billigem grünen Strom ins Ausland folgen:

1. Die Politik muss die Energiewende schnellstmöglich umsetzen, damit es hierzulande eine zugleich klimafreundliche und günstige Energieversorgung gibt. Dazu gehört den Befragten zufolge unter anderem, dass verschiedene technologische Ansätze genutzt werden dürfen – Wasserstoff zum Beispiel oder das Abscheiden von Kohlendioxid.

2. Bestehende Stärken Deutschlands müssen von den jeweils

zuständigen staatlichen Ebenen erhalten und ausgebaut werden, beispielsweise die (Verkehrs-) Infrastruktur. Es geht aber auch darum, den Firmen Planungssicherheit zu bieten, statt politische Rahmenbedingungen ständig zu revidieren. Sicherergestellt werden sollte auch, dass weiterhin qualifiziertes Personal verfügbar ist – einerseits über das Bildungssystem, andererseits mithilfe passgenauer Zuwanderung.

3. Deutschland sollte außerdem stärker mit internationalen Partnern kooperieren, einerseits innerhalb Europas, andererseits aber beispielsweise auch in der sogenannten MENA-Region (Middle East and North Africa), um sowohl dortige Kosten-

vorteile bei erneuerbaren Energien als auch bereits bestehende Transportinfrastrukturen vor Ort zu nutzen. So kann unter anderem Wasserstoff aus Staaten näher am Äquator importiert werden, die das Element mit geringem Aufwand dank nahezu unerschöpflicher Sonnenenergie isolieren können. Hierfür wäre dann aber auch ein entsprechender Transport mit Schiffen oder Pipelines Richtung Deutschland zu bewerkstelligen.

### IW-Kurzbericht 82/2024

Andreas Fischer: Renewables Pull – Zieht die Grundstoffindustrie Sonne und Wind hinterher?  
[iwkoeln.de/energieumzug](http://iwkoeln.de/energieumzug)

### Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH  
E-Mail: [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de) · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, [ennsberger@iwkoeln.de](mailto:ennsberger@iwkoeln.de) · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de) · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: [datenschutz-iwd@iwmedien.de](mailto:datenschutz-iwd@iwmedien.de) · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Neu auf [iwd.de](https://iwd.de):



## Viele Barrieren sind gefallen

**Sichtbar und unsichtbar** hat sich der Webauftritt des iwd verändert: An verschiedenen Stellen sind Barrieren für blinde und sehbehinderte Menschen verschwunden. So müssen Blinde beispielsweise nicht mehr auf jeder Seite mühsam durchs Menü navigieren, sondern können direkt zum jeweiligen Seiteninhalt springen. Sehbehinderte finden auf [iwd.de](https://iwd.de) nun unter anderem stärkere Kontraste in der Navigation und auf klickbaren Flächen.

Ziel ist es, dass [iwd.de](https://iwd.de) dank umfassender Barrierefreiheit noch nutzerfreundlicher wird. Für das kostenfreie Online-Angebot war das eine freiwillige Investition im Sinne der Kunden, für viele andere deutsche Dienstleister wird die Barrierefreiheit Mitte 2025 allerdings Pflicht. Dann wird das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz verbindlich und vielen Unternehmen sowie Institutionen drohen empfindliche Strafen, wenn sie den gesetzlichen Anforderungskatalog nicht erfüllen (siehe Seite 8).

Wie gut oder schlecht es um die Barrierefreiheit Ihres Unternehmens oder Ihrer Institution im Netz bestellt ist, können Sie kostenlos mit dem Barrierefreiheit-Test der IW Medien herausfinden.

### Weitere Informationen

finden Sie über den QR-Code



oder unter:

[iwdmedien.de/services/barrierefrei-kommunizieren](https://iwdmedien.de/services/barrierefrei-kommunizieren)

## Top-Liste: Das kostet der Bachelor

Die laufenden Ausgaben für Lehre und Forschung für ein Bachelorstudium an einer deutschen Hochschule beliefen sich im Jahr 2022 auf durchschnittlich 36.500 Euro. Allerdings zeigt ein Blick auf die Fächergruppen, dass es große Unterschiede gibt: Die Höhe der Grundmittel – so heißen die laufenden Ausgaben, die die Hochschulträger finanzieren – sind für einen Bachelor in Medizin mit gut 100.000 Euro etwa dreimal so hoch wie für einen Platz im Fach Sport (35.800 Euro) oder in den Geisteswissenschaften (33.700 Euro), zu denen unter anderem die Sprach- und Geschichtswissenschaften zählen. In der an der Studentenzahl gemessenen größten Fächergruppe, den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, lagen die Ausgaben für ein Bachelorstudium bei vergleichsweise bescheidenen 19.700 Euro.

### Studienplatzkosten: Erhebliche Unterschiede

So hoch waren die laufenden Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulträger für ein Bachelorstudium im Jahr 2022 an einer deutschen Hochschule in diesen ausgewählten Fächergruppen in Euro

Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften	101.300
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin	55.500
Mathematik, Naturwissenschaften	55.100
Kunst, Kunstwissenschaft	51.400
Sport	35.800
Ingenieurwissenschaften	35.100
Geisteswissenschaften	33.700
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	19.700



Bachelorstudium: in der durchschnittlichen Fachstudiendauer

Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd